

Schutzverband weiß Kandidaten hinter sich

Flughafen-Kritiker sind mit Umfrage-Ergebnissen zufrieden – Mandatsträger sollen „Druck machen“

Von Johannes Geigenberger

Freilassing. Eine Wahlempfehlung wollen sie nicht abgeben, die beiden Vorsitzenden des Schutzverbands Rupertiwinkel Bettina Oestreich und Robert Judl. „Uns geht es um die Sache, und nicht um Partei- oder Personalpolitik“, sagt Oestreich. Doch egal, wer am Sonntag gewählt wird – der Schutzverband weiß (fast) alle Kandidaten hinter sich, wenn es darum geht, weiter Druck auf den Salzburger Flughafen auszuüben.

Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Schutzverbands unter den zukünftigen Mandatsträgern. Die Fragen gingen ebenso an die Landrats-Kandidaten wie auch an die angehenden Bürgermeister des nördlichen Landkreises und die Gemeinde- und Stadtratskandidaten von Freilassing, Ainring und Saaldorf-Surheim.

Oestreich: „Fast alle haben mitgemacht“

Die Schutzverbands-Vorsitzende ist mit den Rückmeldungen zufrieden: „Fast alle haben mitgemacht“, freut sich Oestreich, die selbst wieder für die FWG antritt. Sowohl einzelne Kandidaten, als auch ganze Listen hätten ihre Antworten abgegeben. „Und sie stimmen in überwiegender Zahl mit den Absichten des Schutzverbands überein.“

Freilich keine Überraschung – denn es war wohl kaum damit zu rechnen, dass sich von den angeschriebenen Kandidaten jemand wohlwollend zum Thema Fluglärm äußert und Verständnis dafür zeigt, dass weiterhin rund 85 Prozent der An- und Abflüge über Freilassing abgewickelt werden. Dennoch freut sich Oestreich: „Durch die Umfrage wurden viele neue Ideen gesammelt, wie in der



Können zufrieden sein mit der Rückmeldung der Kandidaten: Die Schutzverbands-Vorsitzenden Bettina Oestreich und Robert Judl. – Foto: Johannes Geigenberger

Angelegenheit künftig noch zielgerichteter zusammengearbeitet werden kann.“ Eine Idee etwa: Eine interkommunale Stabstelle, die die Interessen der vom Fluglärm gebeutelten Kommunen bündelt und gesammelt an die Entscheidungsträger und Flughafen-Verantwortlichen heranträgt.

Oestreich hofft, dass auf diese Weise auch das Thema Fluglärm an sich in den einzelnen Stadt- und Gemeinderäten präsenter wird. „Denn – auch das ist durch die Rückmeldungen herausgekommen – die Fluglärmsituation ist nur im Freilassinger Stadtrat so wirklich präsent“, meint Oestreich. In den Gremien der umlie-

genden Gemeinden sei der Flughafen – trotz ähnlich starker Betroffenheit – kaum ein Thema.

Anzeige

GRÜN WÄHLEN
Weil es Zeit für
mehr bezahlbare
Wohnungen ist.

Herzlichst,
Ihr Bartl Wimmer



„Deshalb haben einige der angeschriebenen Kandidaten uns auch geantwortet, dass sie gar nicht recht wissen, was sie antworten

sollen und lieber direkt mit dem Schutzverband sprechen wollen. Dafür haben wir natürlich ein offenes Ohr“, so Oestreich.

Aber was kann ein einzelner Gemeinderat etwa aus Ainring oder Saaldorf-Surheim in der Angelegenheit überhaupt bewirken? An der Thematik haben sich schließlich schon Bundesminister die Zähne ausgebissen. „Druck machen“, meint Judl, der für „Pro Freilassing“ antritt. Man müsse „nervig bleiben“, immer wieder an die Türen der Entscheidungsträger klopfen. Und noch eines habe die Umfrage ergeben, und zwar, „dass man nur gemeinsam stark ist“: „Die Salzburger machen es uns vor – man muss zusam-

menhalten, wenn man etwas erreichen will.“ Eine Rückkehr in den Bürgerinnenbeirat, also dem gemeinsamen Gremium verschiedener Akteure – halten die angefragten Kandidaten hingegen für weniger sinnvoll. Aus dem Beirat war die deutsche Seite vor rund drei Jahren ausgetreten.

Für ein sinnvolleres Gremium halten die angefragten Kandidaten hingegen die sogenannte Fluglärmkommission. „Hier sollten engmaschigere Termine gesetzt werden“, interpretiert Oestreich das Umfrageergebnis. Wenn angeforderte Themen nicht vorgelegt oder Termine nicht eingehalten werden, solle dies öffentlich gemacht werden.

Durchführungsverordnung muss wieder auf den Tisch

Doch trotz all dieser Foren, die es zum Gespräch gibt: Was konkrete Verbesserung für die heimische Bevölkerung angeht, da sind sich die meisten Kandidaten einig, dass der Rechtsweg das Mittel der Wahl ist. Deshalb müsse auch die Durchführungsverordnung wieder auf den Tisch.

Denn nur so lasse sich eine gerechtere Verteilung der An- und Abflüge erreichen, meint Oestreich. Dass dies realistisch ist, habe sich nun auch wieder im Februar an den Samstagen mit besonders vielen Starts und Landungen gezeigt. „Am 15. Februar, dem Spitzentag mit 323 Flügen, hat es fast genauso viele An- und Abflüge aus dem Süden wie aus dem Norden gegeben“, sagt Oestreich. Wenn der Flughafen also aus Kapazitätsgründen dazu gezwungen sei, in beide Richtungen zu starten und zu landen, gehe es plötzlich.

Die gesammelten Ergebnisse können auf www.fluglaerschutz.de/kommunalwahl-2020/ abgerufen werden.